Hoppe, Robert

Betreff: WG: WG: Aufruf zur Demonstration 24.10.2018

-----Original-Nachricht-----
Betreff: WG: Aufruf zur Demonstration 24.10.2018
Datum: 2018-10-17T13:28:00+0200
Von: "Ferdi" <ferdi.korte@t-online.de>
An: "Ferdi Korte" <Ferdi.Korte@t-online.de>

Von: eberhard.uhlig@rwe.com <eberhard.uhlig@rwe.com>
Gesendet: Mittwoch, 17. Oktober 2018 12:26
An: praesident@bsv-grevenbroich.de; manfred.holz@web.de; ferdi.korte@t-online.de; Victor.goebbels@hydro.com
Betreff: Aufruf zur Demonstration 24.10.2018

Lieber Herr Bley,
lieber Herr Goebbels,
lieber Herr Korte,
lieber Herr Holz,

vor dem Hintergrund des Besuches der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" am 24.10.2018 in Bergheim, rufen zur Zeit Unternehmen der Energiewirtschaft, der energieintensiven Industrie sowie Verbände zur Unterstützung der Demonstration der Gewerkschaften IGBCE und Verdi auf. Auch Vereine werden von uns mit der Bitte um einen Aufruf an ihre Mitglieder angesprochen, da die Entscheidungen zur Energiewirtschaft letztlich alle Bevölkerungsbereiche unserer Region betreffen.

Deshalb habe ich die Bitte, dass Sie auch die Schützenvereine zur Beteiligung an der Demonstration aufrufen. Wenn Sie es erlauben möchte hierzu auch am Freitag beim Treffen der Schützenpräsidentenrunde werben. Für den Aufruf verwende ich aktuell den nachfolgenden Text, den Sie gerne nutzen können:

Aufruf zur Mobilisierung

Demonstration am 24.10.2018 in Bergheim anlässlich des Besuches der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung"

Die emotionale Debatte der letzten Tage um die Restfläche des Hambacher Forstes und die Braunkohle zeigt, dass wir noch stärker unserer Argumente für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in die politische Diskussion einbringen müssen! Wir müssen dabei gemeinsam deutlich machen, dass der Wohlstand unseres Landes auf industriellen Wertschöpfungsketten basiert, die wir nicht nur sichern müssen, sondern auch hier bei uns weiterentwickeln wollen.

Die Entscheidung des OVG Münster vom 5. Oktober 2018 zum vorläufigen Stopp der Rodung einer Restfläche des Hambacher Forstes muss respektiert werden.

Die Entscheidung hat aber erhebliche Konsequenzen und ist ein weiterer Schritt zum Scheitern der deutschen Energiewende als Vorbild für andere Länder, denn die Entscheidung:

- verursacht einen schweren Vertrauensverlust in die Sicherheit von Investitionen in Deutschland und stellt damit die zentrale Basis für eine erfolgreiche Energiewende in Frage - das Vertrauen von

Investoren in die Investitionssicherheit. Ohne dieses Vertrauen wird es keinen erfolgreichen Strukturwandel geben.

- Führt zu einem weiteren Anstieg der Strompreise und macht Deutschland damit für Investitionen uninteressanter
- Reduziert die Versorgungssicherheit Deutschlands und verstärkt das ohnehin immer stärker wachsende Risiko von Schwarzfällen mit ihren gravierenden volkswirtschaftlichen Schäden.
- gefährdet Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft, in der energieintensiven Industrie und in den beauftragten Betrieben in der rheinischen Region.
- trug elementar zum Verlust des RWE Börsenwertes in Höhe von 2 Milliarden € innerhalb von einer Woche bei.
- führt dazu, dass weitere Straftaten im Hambacher Forst, in den Tagebauen und Kraftwerken begangen werden, Menschen sich selbst und andere erneut beim Klettern auf Bäumen gefährden und die Polizei wieder belastet wird.

Die Berichterstattung rund um die Geschehnisse im Hambacher Forst sowie über das OVG-Urteil durch die öffentlichen Medien erfolgte äußerst einseitig. Gruppen wie BUND, Greenpeace usw., die offen den sofortigen Ausstieg aus der Kohle parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie anstreben, werden unterstützt. Dabei ist bis heute die zentrale Frage nicht geklärt, wie die Versorgungssicherheit Deutschlands ohne Kernenergie und Kohle zu wettbewerbsfähigen Kosten gewährleistet werden kann.

Diese Gruppen und einige Politiker verbreiten auch viele falsche Behauptungen, die ohne Prüfung auf Wahrheitsgehalt verbreitet werden. Zum Beispiel:

- Die falsche Behauptung: „Braunkohlekraftwerke verstopfen die Leitungen." à Tatsache ist, dass regenerative Energien rechtlich Einspeisevorrang haben, d.h. aller Strom, der von regenerativen Energien ins Netz eingespeist werden kann fließt in die Stromnetze, sofern diese die Strommengen aufnehmen können. Der aus Kern- und fossilen Kraftwerken erzeugte Strom darf nur den Teil ins Netz einspeisen, der von den regenerativen Energien technisch nicht gedeckt werden kann (die sogenannte Residuallast).
- Die falsche Behauptung: „Braunkohlekraftwerke sind nicht flexibel und können nur Grundlast fahren". à Tatsache ist, dass Braunkohlenkraftwerke heute genauso flexibel sind wie Gaskraftwerke, aber auf Grund ihrer größeren Leistung eine viel größere Menge der Leistungsschwankungen im Netz ausregeln. Dies gilt insbesondere in der Nacht und an Wochenenden, wo insbesondere die Braunkohlenkraftwerke die Regelaufgaben übernehmen.
- Die Vermittlung des falschen Eindrucks, dass eine Abschaltung der Braunkohlenkraftwerke in Deutschland einen spürbaren Einfluss auf die globale Entwicklung des Klimas hätte. à Die Emissionen der Braunkohlenkraftwerke in Deutschland liegen im Promille-Bereich der weltweiten anthropogenen Emissionen. In der gleichen Zeit in der die CO2 Emissionen in Deutschland um über 30% und bei den deutschen Braunkohlekraftwerken um 50% gesenkt wurden, stiegen die CO2 Emissionen in der gesamten Welt um über 50% an.

Der wirtschaftliche Erfolg von Deutschland beruht auf der Stärke unserer Industrie, die wiederum eine sichere und bezahlbare Stromversorgung benötigt.

Wenn heute weder Kernfragen der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und der Investitionssicherheit noch die Verlässlichkeit staatlicher Beschlüsse bei politischen oder juristischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt werden, werden wichtige Grundlagen unseres Gemeinwesens bei Entscheidungsfindungen ignoriert.

Wollen wir dies?
Warum werden diese Aspekte auch in den öffentlich rechtlichen Medien kaum diskutiert?

Ohne eine ausgewogene Berichterstattung, die faktenorientiert die Folgen der verschiedenen energiepolitischen Optionen darstellt, kann keine fundierte Willensbildung stattfinden.

Wir sollten nicht warten, bis Schwarzfälle den Medien deutlich machen, dass sie ohne Strom nicht senden können und die zentrale Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft in Frage gestellt ist. Diese Entscheidungen treffen uns alle.

Am 24. Oktober 2018 tagt die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wertschöpfung, Strukturwandel, Beschäftigung", diesmal im Kreishaus in Bergheim Von der Kommissionsarbeit werden entscheidende Weichenstellungen für die künftige wirtschaftliche Struktur in Deutschland erwartet. Es geht um Planungssicherheit für die Energiewirtschaft und unsere Region, um Strukturwandel, Versorgungssicherheit und bezahlbaren Strom für die deutsche Industrie.

Wir rufen deshalb alle Mitglieder der Wirtschaftsvereinigung auf, die für Mittwoch, den 24.10.2018 ab 09:00 Uhr in Bergheim (Kreishaus Aachener Str.) angekündigte Demonstration der Gewerkschaften IGBCE und VERDI aus Anlass des Treffens der Kommission „Wachstum Strukturwandel und Beschäftigung" zu unterstützen.

Auch Freunde, Familien, Lebenspartner sind herzlich willkommen.

Lassen Sie uns gemeinsam ein deutliches und klares Zeichen setzen! Für eine lebendige und gesunde Industrieregion mit gesunden Unternehmen, die sichere Arbeitsplätze bieten, für Planungssicherheit und für Verlässlichkeit von politischen Entscheidungen, für eine starke Region und einen planvollen Strukturwandel. Es soll deutlich werden, dass wir der aktuellen Entwicklung nicht schweigend zusehen, sondern bereit sind, für unsere Zukunft und unsere Arbeitsplätze zu kämpfen.

Bitte verteilen Sie diesen Aufruf über möglichst viele Medien und bitten um Unterstützung durch aktive Teilnahme an diesem Tag.

Viele Grüße

Eberhard Uhlig
Dr.-Ing., Dipl. Wirtschafts. Ing.

Leiter Sparte Braunkohlenkraftwerke
RWE Power AG

Werkstraße
50129 Bergheim

T +49 2271 704850
F +49 2271 704440
M+49 162 284 8253
E eberhard.uhlig@rwe.com

RWE Power AG
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Rolf Martin Schmitz
Vorstand: Dr. Frank Weigand (Vorsitzender), Ralf Giesen, Dr. Lars Kulik, Nikolaus Valerius

Sitz der Gesellschaft: Essen und Koeln
Eingetragen beim Amtsgericht Essen
Handelsregister-Nr. HRB 17420
Eingetragen beim Amtsgericht Koeln
Handelsregister-Nr. HRB 117

USt-IdNr. DE 8112 23 345

Zukunft. Sicher. Machen.